

[Home](#) > [Meinung](#) > Hochschulgesetz: Vorsicht, Frau Senatorin!

[Ausdrucken](#) [Bookmarken](#) [Versenden](#)

Gefällt mir 0

Twittern

25.10.13 KOMMENTAR

Hochschulgesetz: Vorsicht, Frau Senatorin!

Der Streit um das Hochschulgesetz droht Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD) politischen Schaden zuzu

Von Insa Gall

Foto: Pressebild.de/Bertold Fabricius

Nützliche Links

- [Immobilien Hamburg](#)
- [Jobs Hamburg](#)
- [Veranstaltungskalender](#)
- [Kinoprogramm](#)
- [Hamburg im Bild](#)
- [Abendblatt-Archiv](#)

MEISTGELESENE ARTIKEL

1. [ORKAN-CHAOS IM NORD](#)
Bahnverkehr gestört - U1
Nacht dicht

SCHWERER HERBSTSTURM



Insa Gall

Google Anzeige

45 Hotels in Kiel

Finde dein ideales Hotel. Hotel? trivago

www.trivago.de

Am Ende könnten die Verfassungsrichter das letzte Wort darüber haben, ob das von Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD) vorgelegte neue Hochschulgesetz tatsächlich mit der Verfassung vereinbar ist oder nicht. Wenn allerdings nicht nur ein einzelner Jura-Professor, sondern gleich die gesamte Juristische Fakultät der Universität Hamburg mit ihrem geballten Expertenwissen den Gesetzesentwurf für grundgesetzwidrig hält, dann sollten in der Wissenschaftsbehörde an der Hamburger Straße die Alarmglocken schrillen.

LINKS

[Hochschulen: Uni-Juristen wollen gegen neues Hochschulgesetz klagen](#)

THEMEN

[Alle Leitartikel und Kommentare des Abendblatts](#)

Käme es tatsächlich erneut zu einer Klage, würde dies nicht nur eine schwere politische Niederlage für die Senatorin bedeuten. Es rückte die Hansestadt auch in den Mittelpunkt einer Posse, über die man sich über Hamburgs Grenzen hinaus wundern dürfte: Ein Hochschulgesetz, aufgrund einer Klage der Juristischen Fakultät von den Verfassungsrichtern gekippt, nur damit die nach jahrelanger Vorarbeit von der Behörde

vorgelegte Gesetzesnovelle erneut durch eine Klage derselben Juristen beim Verfassungsgericht durchfällt – man könnte auf den Gedanken kommen: Die können es nicht.

Stapelfeldt täte gut daran, möglichst schnell die Reißleine zu ziehen. Der politische Schaden ist ohnehin da, wenn erst das Beteiligungsverfahren eine Korrektur anstößt. Die Behörde will sich im laufenden Verfahren nicht zu einzelnen Stellungnahmen von Fakultäten oder Verbänden äußern. Das mag man hinnehmen. Wenn allerdings die vereinte Jura-Professorenenschaft derart gravierende Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes äußert, läge es nahe, zügig mit ihr ins Gespräch zu kommen.

Auch jenseits juristischer Bedenken gibt es an dem Gesetzesentwurf politische Kritik: Mit der versprochenen Demokratisierung der Hochschulstrukturen will sich eine "monarchische Stellung" des Präsidenten nicht so recht in Einklang bringen lassen. Glücklos ist ein Etikett, das Politikern schnell umgehängt wird, wenn Erfolge ausbleiben. Die frühere Bürgerschaftspräsidentin Dorothee Stapelfeldt läuft Gefahr, dass dieses Etikett mit ihrem Namen verbunden wird.

2. [Orkantief "Christian" fegt Tote](#)

3. [ONLINE-RÄTSEL
Das tägliche Kreuzworträ](#)

4. [KIEL
Schiffe auf Nord-Ostsee-
Vollsperrung](#)

5. [KAROVIERTEL
Haus droht einzustürzen
gesperrt](#)

**Alles ü
Straße**

Bitte Straßennamen

TOP-VIDEOS

**Orkantief Christiari
Norddeutschland**



- [Auto-Test: Tief und komfort Sportback](#)
- [Amsterdam: Radfahrer wird erschlagen](#)
- [DFB-Sportgericht: Kießling: rechtskräftig](#)

TOP BILDERGALERIEN

[Orkan-Chaos in Hamburg und Norddeutschland](#)

[HSV gewinnt in Freiburg mit 3:0](#)

HAMBURG GUIDE

Webcam
Besuchen Orte der W

Weitere Dienste

[Jobs Hamburg](#)

[Ausdrucken](#) [Bookmarken](#) [Versenden](#)

Gefällt mir 0

[Twittern](#)

[Home](#) > [Hamburg](#) > Professoren: Neues Hochschulgesetz verfassungswidrig

[Ausdrucken](#) | [Bookmarken](#) | [Versenden](#)
[Twittern](#)
[Nützliche Li](#)

25.10.13

Professoren: Neues Hochschulgesetz verfassungswidrig

Hamburgs Uni-Chef erhalte "monarchische Stellung" – Fakultät droht Senat mit Klage

Google Anzeige

Party Location gesucht?

Wähle zwischen 4 Partyräumen deine Wunschlocation. Gleich hier buchen!

[Partyraum-in-Hamburg.de](#)

Hamburg. Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt weht heftiger Gegenwind entgegen. Die Juristische Fakultät der Hamburger Universität hält den von der SPD-Politikerin vorgelegten Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes für verfassungswidrig. "Wir sind der Ansicht, dass die Novelle in einigen Punkten der im Grundgesetz garantierten Wissenschaftsfreiheit nicht gerecht wird", sagt der Dekan der Juristischen Fakultät, Tilman Repgen. Indirekt drohten die Juristen mit Klage. "Wenn das Gesetz so beschlossen wird, läuft es Gefahr, erneut vom Verfassungsgericht gekippt zu werden", so Repgen. Bereits das jetzige Hochschulgesetz war von den obersten Richtern für grundgesetzwidrig erklärt worden.

LINKS

[Hochschulen: Uni-Juristen wollen gegen neues Hochschulgesetz klagen](#)

Die Kritik entzündet sich vor allem an der "monarchischen Stellung" des Universitätspräsidenten, der mit weitgehenden Entscheidungskompetenzen ausgestattet ist. Ihre Bedenken hat die Fakultät auch in einer Stellungnahme an die Wissenschaftsbehörde

deutlich gemacht, die dem Abendblatt vorliegt. Ähnlich äußerte sich der Deutsche Hochschulverband. Die Grünen hätten schon früh darauf aufmerksam gemacht, dass die Machtkonzentration beim Präsidenten politisch der falsche Weg sei, sagte deren Wissenschaftsexpertin Eva Gümbel. "Nun wissen wir, er ist auch rechtlich nicht haltbar."

(inga)

[Ausdrucken](#) | [Bookmarken](#) | [Versenden](#)
[Twittern](#)

[Immobilien Ha](#)
[Jobs Hamburg](#)
[Veranstaltung](#)
[Kinoprogramm](#)
[Hamburg im E](#)
[Abendblatt-Ar](#)




MEISTGELES

1. [ORKAN-CH Bahnverke Nacht dich](#)
2. [SCHWERE Orkantief "Tote](#)
3. [ONLINE-R/ Das täglich](#)
4. [KIEL Schiffe auf Vollsperrur](#)



[Home](#) > [Hamburg](#) > Uni-Juristen wollen gegen neues Hochschulgesetz klagen

[Ausdrucken](#) [Bookmarken](#) [Versenden](#)

Gefällt mir

1

[Twittern](#)

Nützlich

25.10.13 HOCHSCHULEN

Uni-Juristen wollen gegen neues Hochschulgesetz klagen

Rechtswissenschaftler halten das neue Hochschulgesetz für verfassungswidrig und drohen Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD) mit einer Klage – nicht zum ersten Mal.

Von Insa Gall

Foto: Pressebild.de/Bertold Fabricius

[Immob](#)
[Jobs H](#)
[Verans](#)
[Kinoprc](#)
[Hambu](#)
[Abendt](#)



Dorothee Stapelfeldt, Senatorin der Behörde für Wissenschaft und Forschung in Hamburg. Zur Kritik der Juristen will sich ihre Behörde nicht äußern

Google Anzeige

Live-Konzertmitschnitte

Kostenlos, jederzeit & immer dabei: Konzerte jetzt bei VEVO erleben!

www.VEVO.com/Live-Konzerte

Hamburg. Eine Stärkung der demokratischen Strukturen und mehr Mitwirkungsrechte für Professoren – das hatte Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD) versprochen, als sie Mitte Juni den lang erwarteten Senatsentwurf für ein neues Hamburgisches Hochschulgesetz vorstellte.

LINKS

[Kommentar: Hochschulgesetz: Vorsicht, Frau Senatorin!](#)

[Grüne beschwerten sich bei Präsidentin der Bürgerschaft](#)

[Professoren: Neues Hochschulgesetz verfassungswidrig](#)

[Streit um Masterplätze: Studenten übergeben 15.000 Unterschriften an Senat](#)

Doch nach Meinung vieler Dekane und Professoren ist es ihr nicht gelungen, diese Mitwirkungsrechte ausreichend in der Gesetzesvorlage zu verankern. So formiert sich an der Universität Hamburg massiver Widerstand – besonders gegen die starke Stellung des Präsidenten, der künftig sehr viel weit reichendere Kompetenzen erhält.

Die Juristische Fakultät der Universität hält den Gesetzentwurf sogar für verfassungswidrig. Die Juristen sind der Ansicht, dass er gegen die in

Artikel 5 des Grundgesetzes garantierte Wissenschaftsfreiheit verstößt. "Wenn das Gesetz so beschlossen wird, läuft es Gefahr, erneut vom Verfassungsgericht gekippt zu werden", sagte Dekan Tilman Repgen dem Abendblatt.

Das mag Wissenschaftssenatorin Stapelfeldt nach Belieben als Warnung oder als Drohung verstehen. Denn es war ausgerechnet ein Professor der Juristischen Fakultät, der bereits gegen das alte Hochschulgesetz aus dem Jahre 2003 vor das höchste deutsche Gericht gezogen war –

MEISTGELESEN

1. ORK Bah Nac

2. SCH Ork Tote

3. ONL Das

4. KIEI Sch Voll

5. KAF Hau ges



TOP-VI

mit Erfolg. Die Verfassungsrichter erklärten das Gesetz in Teilen für verfassungswidrig und mahnten mehr Mitwirkungs- und Kontrollrechte der Fakultätsräte an.

Alte Fehler des Gesetzes habe die Wissenschaftssenatorin mit ihrer Gesetzesvorlage zwar behoben, meint Dekan Repgen, dafür aber neue geschaffen. Man könne nicht in die Zukunft schauen, sagt Repgen. Aber wenn das Gesetz so beschlossen werde, sei damit zu rechnen, dass erneut dagegen geklagt werde: "Man muss bedenken, dass dies aus unserer Fakultät heraus schon einmal geschehen ist."

In seiner Stellungnahme, die das Dekanat der Behörde übermittelt hat und die dem Abendblatt vorliegt, gehen die Juristen bei ihrer Kritik ins Detail. "Die Konzentration sämtlicher wichtiger Entscheidungsbefugnisse bei der Präsidentin beziehungsweise dem Präsidenten" widerspreche der Zielsetzung des Bundesverfassungsgerichts. Sie entziehe "den Mitgliedern der Universität den ihnen aus dem Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit zustehenden Einfluss auf wissenschaftsrelevante Entscheidungen der Universität". Zwar hätten die Fakultätsräte bisher bei den Dekanaten angesiedelte Kompetenzen erhalten, doch die maßgeblichen Entscheidungen seien bei einer einzigen Person vereinigt, ohne dass dies durch entsprechende Kontrollrechte anderer Gremien abgefedert werde. Mit anderen Worten: Die Balance stimmt nicht. So kann der Präsident künftig in vielen Dingen allein entscheiden. Das Präsidium hat nur noch beratende Funktion.

Der Präsident schlägt den Struktur- und Entwicklungsplan der Universität (STEP) vor, die Fakultäten haben nur Gelegenheit zur Stellungnahme. Auch über die Wirtschaftspläne der Universität entscheidet der Präsident ohne Beteiligung der Fakultäten. Der Präsident wirkt künftig an der Vorauswahl der Dekane mit – eine Befugnis, die bisher die Fakultäten hatten. Der Präsident hatte nur ein Vetorecht.

Repgen betont, dass die Kritik der Juristen nicht auf die Person von Universitätspräsident Dieter Lenzen zielt. Aber eine solche Machtfülle sei generell risikoreich. Eine Reaktion auf ihre Stellungnahme haben die Juristen aus der Wissenschaftsbehörde nicht erhalten.

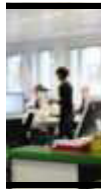
Zu einer ähnlichen Einschätzung wie die Juristische Fakultät kommt der Deutsche Hochschulverband: Hinsichtlich des Kompetenzgefüges sei der Entwurf der Gesetzesnovelle verfassungswidrig, heißt es in einer Stellungnahme. Der Gesetzentwurf habe sich weit von dem Urteil des Verfassungsgerichts entfernt, das ihn letztlich ausgelöst habe, so der Hochschulverband.

"Die Behörde behauptet, mit dem neuen Hochschulgesetz würden die Beanstandungen des Verfassungsgerichts repariert, aber das Gegenteil ist der Fall: Es wird noch schlimmer", sagt Professor Hartmut Schmidt, Vorsitzender des Hamburger Landesverbandes des Deutschen Hochschulverbandes. Die Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter drohen marginalisiert zu werden und "vom Regen in die Traufe zu kommen". Wie die Juristen fordert der Hochschulverband, den Gesetzentwurf wegen seiner Verfassungswidrigkeit abzuändern.

Das wollen auch die Grünen. "Wenn der geballte juristische Sachverstand, wie er an der juristischen Fakultät der Uni Hamburg vorhanden ist, einhellig zu dem Ergebnis kommt, dass der neue Gesetzentwurf verfassungswidrig ist, dann ist dies mehr als ernst zu nehmen", sagt die wissenschaftspolitische Sprecherin ihrer Bürgerschaftsfraktion, Eva Gumbel.

Die Behörde sei dabei, die Stellungnahmen zu bewerten und könne sich nicht zu Einzelnen äußern, sagt Sprecherin Julia Rauner. Es sei eine breite Beteiligung im Hinblick auf das Gesetz geplant. So läuft noch bis zum 8. November eine moderierte Online-Diskussion zum Gesetzentwurf, am 30. Oktober ist eine Fachkonferenz geplant.

Lamp
Rolle



Aktue

Aktue

News

News

TOP BI

Orkan-Cf
und Nord

Explosior
Böhmkén

HAMBU



Weitere E

Jobs Ha

Partners

Stadtpla

Vergleic

Trauer



HIGHLI

Ausdrucken Bookmarken Versenden

Gefällt mir 1 [Twittern](#)

DIE FAVORITEN UNSERES HOMEPAGE-TEAMS

[Home](#) > [Hamburg](#) > Grüne beschweren sich bei Präsidentin der Bürgerschaft[Ausdrucken](#) [Bookmarken](#) [Versenden](#)[Gefällt mir](#) { 0[Twittern](#)

Nützliche Links

[Immobilien Hamburg](#)[Jobs Hamburg](#)[Veranstungskalend](#)[Kinoprogramm](#)[Hamburg im Bild](#)[Abendblatt-Archiv](#)

25.10.13

Grüne beschweren sich bei Präsidentin der Bürgerschaft

Google Anzeige

[Live-Konzertmitschnitte](#)

Kostenlos, jederzeit & immer dabei: Konzerte jetzt bei VEVO erleben!

www.VEVO.com/Live-Konzerte

Hamburg. Die Grünen haben sich offiziell bei Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit (SPD) beschwert, weil der Senat eine Große Anfrage zur Wissenschaftspolitik nur spärlich und in vielen Punkten gar nicht beantwortet hat. In der Anfrage wollten die Grünen wissen, wie der Senat die jüngsten Empfehlungen des deutschen Wissenschaftsrates umzusetzen gedenkt.

Dieses Beratergremium der Bundes- und Länderregierungen hatte im Juli gefordert, dass Wissenschaft und Forschung mehr Gewicht in der Haushaltsplanung bekommen sollten, da eine stabile Finanzierung "zwingend" sei, um die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands zu erhalten. In einem Grundsatzpapier gab der Rat viele Empfehlungen.

Obwohl der Senat vier Wochen Zeit zur Beantwortung Großer Anfragen hat, beantwortete die Behörde von Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD) die meisten der 42 Einzelfragen gar nicht, sondern stellte lediglich fest, dass die "Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen" sei. "Die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates würde zu Veränderungen des Wissenschaftssystems in Deutschland führen", heißt es in der knappen Antwort. "Dabei sind die empfohlenen Maßnahmen inhaltlich, strukturell und finanziell sehr vielfältig und weisen noch nicht die erforderliche Detailtiefe für eine potenzielle Umsetzung und die Beurteilung der im Detail zu erwartenden Auswirkungen auf. Ungelöst ist beispielsweise die Frage, wie die empfohlenen Maßnahmen finanziert werden können." Auf die detaillierten Fragen geht die Antwort nicht ein.

Dies sei "nicht hinnehmbar und ein grober Verstoß gegen die parlamentarischen Gepflogenheiten sowie eine Verletzung der Rechte der Opposition", schreibt Grünen-Wissenschaftsministerin und Bürgerschaftsvizepräsidentin Eva Gümbel an Parlamentspräsidentin Veit und fordert diese auf, sich für eine Beantwortung einzusetzen.

Die Grünen kritisieren, dass die Ausgaben für Wissenschaft in Hamburg deutlich unter den Empfehlungen des Wissenschaftsrates lägen. Zudem sei Hamburg das einzige Bundesland, das nicht das für Wissenschaft zuständige Regierungsglied, also Senatorin Stapelfeldt, in den Wissenschaftsrat entsende, sondern Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD). In der Bürgerschaft hatten die Grünen den Senat aufgefordert, dies zu ändern. Ihr Antrag wurde jedoch mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. Grüne, Linke und FDP stimmten dafür.